

Gewinn bei Daimler bricht massiv ein

Hersteller verzeichnet Rückgang um 60 Prozent

Stuttgart (Agenturen/nd). Bei Daimler ist der Gewinn in den ersten Monaten des Jahres massiv eingebrochen. Von Januar bis März verdiente der Stuttgarter Autohersteller unter dem Strich 564 Millionen Euro, wie das Unternehmen am Mittwoch mitteilte. Dies entspricht einem Rückgang um 60 Prozent im Vergleich zum Vorjahresquartal, als Daimler noch einen Gewinn von knapp 1,43 Milliarden Euro verbuchte. Sowohl im Geschäft mit Autos und Lastwagen als auch mit leichten Nutzfahrzeugen wie Transportern verzeichnete der Autohersteller demnach schlechtere Zahlen.

Der Umsatz ging um rund drei Prozent auf 26,1 Milliarden Euro zurück, wie Daimler mitteilte. Der Verkauf von Fahrzeugen lag nach Konzernangaben unverändert auf der Höhe des ersten Quartals 2012.

Konzernchef Dieter Zetsche begründete den Gewinneinbruch mit einer schwachen wirtschaftlichen Entwicklung auf für den Autohersteller wichtigen Märkten. »In den ersten drei Monaten des Jahres haben sich viele Märkte, insbesondere Westeuropa, konjunkturbedingt schlechter entwickelt als erwartet«, erklärte Zetsche. Für das gesamte Jahr 2013 rechne das Unternehmen mit einem schwächeren Ergebnis aus dem laufenden Geschäft.

Die Flaute auf den europäischen Automärkten drückt auch bei Volkswagen aufs Geschäft. Der Gewinn vor Zinsen und Steuern bei Europas größtem Autobauer schrumpfte in den ersten drei Monaten 2013 um 26 Prozent auf 2,3 Milliarden Euro. Unter dem Strich sank der Gewinn um gut ein Drittel auf knapp zwei Milliarden Euro. Auch beim Umsatz ging es leicht auf 46,6 Milliarden Euro nach unten.

Dünne Luft auf dem Umsatzgipfel

Apple wird zum normalen Unternehmen

Von Christoph Nitz

Der US-Konzern hat in den vergangenen Jahren den Computer-, Handy- und Musikmarkt umgekrempelt. Doch die Boomzeiten scheinen vorbei.

Wenn ein Unternehmen ganz oben angekommen ist, wird die Luft dünn. Die Aktionäre von Apple mussten diese Erfahrung in den vergangenen Wochen mit einem Börsenwertverlust von rund 300 Milliarden Dollar bezahlen. Der einstige Kultkonzern befindet sich im freien Fall und das iPhone liegt wie Blei in den Händlerregalen, meinen Pessimisten. Die am Dienstag nach Börsenschluss vorgelegten Bilanzzahlen sprechen eine etwas andere Sprache: Die Umsätze von Apple stiegen im ersten Quartal 2013 um 11,2 Prozent auf 43,6 Milliarden Dollar. Allerdings gab es erstmals seit zehn Jahren einen Gewinnrückgang: um rund 18 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 9,5 Milliarden Dollar.

Bei den Verkaufszahlen hielt der Boom beim Tabletcomputer iPad mit 19,5 Millionen an. Bei iPhones gab es eine Stagnation. Weiter im Rückwärtsgang waren die Musikabspielgeräte iPod, mit denen der Gipfelsturm ab 2001 begonnen hatte. Nur leichte Rückgänge gab es bei PCs – während der gesamte Computermarkt im ersten Vierteljahr aber weit stärker einbrach.

Doch nach einem Jahrzehnt der rasanten Umsatz- und Gewinn-sprünge bei Apple ist nun zunächst das Ende des Überschallflugs markiert. Für das kommende Quartal rechnet der Konzern mit einem Rückgang auch beim Um-

Eine Untersuchung der europäischen Nichtregierungsorganisation »Allianz Gesundheit und Umwelt« (HEAL) bestätigt schwerwiegende gesundheitliche Folgen durch Kohleverstromung. Vor kurzem hatte eine Greenpeace-Studie für Aufregung gesorgt. Die Kohleunternehmen sprachen von »gezielter Desinformation«.

»Kohlekraftwerke sind in Europa mit verantwortlich für Gesundheitsschäden von bis zu 42,8 Milliarden Euro«, sagte Anne Stauffer, stellvertretende HEAL-Geschäftsführerin bei der Vorstellung der Studie »Was Kohlestrom wirklich kostet – Gesundheitsfolgen und externe Kosten durch Schadstoffemissionen« am Mittwoch in Berlin.

Kohlekraftwerke in Polen, Rumänien und Deutschland sind demnach als europäischer Spitzenreiter für mehr als die Hälfte der Gesundheitskosten verantwortlich. Über 8500 neue Fälle chronischer Bronchitis seien in der EU jedes Jahr auf die Verfeuerung von Kohle zurückzuführen. Die Zahlen zeigten zudem, dass EU-weit jährlich 18 200 vorzeitige Todesfälle zu verzeichnen sind und mehr als vier Millionen Arbeitstage verloren gehen. Auf Deutschland umgerechnet geht die Dachorganisation europäischer Gesundheitsorganisationen von jährlich etwa 2700 Todesfällen und mehr als 600 000 verlorenen Arbeitstagen aus. Die externen Kosten deutscher Kohlekraftwerke schätzt die Studie auf 2,3 bis 6,4 Milliarden Euro pro Jahr.

Verantwortlich für die hohen Folgekosten ist insbesondere der Schadstoffausstoß von Schwefeldioxid, Stickoxiden und Feinstaub. Sie können Atemwege, Herz- und Kreislaufsystem und Nervensystem schädigen. Bezahlt würden die externen Kosten der Kohlekraftwerke »von einzelnen Betroffenen,

Kohle kostet mehr

Greenpeace-Studie zu Gesundheitsfolgen von Kraftwerken bestätigt

Von Haidy Damm



Kohlekraftwerke sind schlecht für die Gesundheit. Foto: dpa/Patrick Pleul

den nationalen Gesundheitssystemen und von der Wirtschaft, die Produktivitätseinbußen durch Krankheitsfälle erleidet«, sagte Stauffer.

Die Umweltschutzorganisation Greenpeace hatte kürzlich eine

Studie vorgestellt (»nd« berichtet), der zufolge deutsche Kohlekraftwerke statistisch für mehr als 3000 vorzeitige gesundheitsbedingte Todesfälle pro Jahr verantwortlich sind. Schuld seien Feinstaubpartikel und giftige Abgase

aus den Schornsteinen. Mit der HEAL-Studie gebe es eine weitere unabhängige Untersuchung, die zu diesem Ergebnis kommt, kommentiert Greenpeace-Energieexperte Niklas Schinerl. »Darauf muss nun auch Bundesumweltminister Peter Altmaier reagieren: Keines der im Bau befindlichen neuen Kohlekraftwerke darf ans Netz gehen. Ein Ausstieg aus der klima- und gesundheitsschädlichen Kohlekraft muss schnellstmöglich eingeleitet und bis spätestens 2040 endgültig abgeschlossen werden«, forderte Schinerl.

Kraftwerksbetreiber hatten die Greenpeace-Studie als »gezielte Desinformation« kritisiert. Eine Einladung von HEAL, bei der Vorstellung der neuen Studie direkt Stellung zu beziehen, lehnten die Unternehmen nach Angaben der Organisation ab.

Der Verband der Kohleunternehmen verwies auf eine seit Jahren verbesserte Luftqualität. Das sei auch richtig, bestätigte Joachim Heinrich vom Helmholtz-Zentrum München. Dennoch trügen Kohlekraftwerke neben dem Verkehr entscheidend zur hohen Schadstoffbelastung bei. Heinrich erinnerte daran, dass bei den ersten Studien zur Schädlichkeit von Abgasen die Autoindustrie ebenfalls keine Verantwortung übernehmen wollte. Angesichts knapper Kassen forderte der Mediziner, dass sich die Kohlekraftwerksbetreiber an den tatsächlichen gesellschaftlichen Kosten beteiligen sollen.

Bettina Menne von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sagte, die Studie trage dazu bei, genauere Daten über die Schadstoffbelastung von Kohleemissionen zu erheben. Die WHO fordert deutlich schärfere Grenzwerte. Innerhalb der EU tritt ab 2016 eine neue Emissionsrichtlinie in Kraft. Diese sei jedoch bereits jetzt veraltet, so Menne. Selbst die Volksrepublik China habe mittlerweile schärfere Grenzwerte.

Abkehr vom bloßen Gewinndenken

Gemeinwohl-Ökonomie setzt auf alternative Geschäftsberichte

Von Robert D. Meyer

Geschäftsberichte analysieren bisher vor allem Umsatz- und Gewinnzahlen. Beim Modell der Gemeinwohlbilanz stehen dagegen ökologische und soziale Kriterien im Mittelpunkt des Unternehmens.

Joachim Sroka ist auf den ersten Blick ein ganz normaler Kleinunternehmer. Der Geschäftsführer leitet eine Firma im beschaulichen Brandenburger Ort Kloster Lehnin, die sich auf Kleinwindenergieanlagen spezialisiert hat. Zum Unternehmen mit einem Jahresumsatz von 370 000 Euro gehören fünf Mitarbeiter und eine 1400 Quadratmeter große Produktionshalle. Nach wirtschaftlichen Maßstäben gerechnet ist Sroka kein Schwergewicht der Branche.

Dafür ist er ein Vordenker. Anstatt seinen Blick in die Bilanz nur auf Umsatzzahlen und Gewinn zu fixieren, sind ihm die Auswirkungen seiner unternehmerischen Tätigkeit auf Kunden, Mitarbeiter, Zulieferer und die gesamte Umwelt wichtig. Sroka glänzt nicht durch Zahlenkolonnen in seiner Jahresbilanz, sondern legt großen Wert auf die Gemeinwohlbilanz. »Bei all dem Profitstreben, das auch seine Berechtigung hat, gibt es andere Kriterien, die eine Rolle spielen müssen«, erklärt er.

Wie diese aussehen könnten, beantwortet die Idee der Gemeinwohlökonomie des österreichischen Attac-Mitbegründers und Wirtschaftsdozenten Christian Felber. Gemeinsam mit anderen Wissenschaftlern und unter Beteiligung von Unternehmen definierte Felber 18 Kriterien, die den Gemeinwohlbeitrag eines Unternehmens hinsichtlich sozialer und

ökologischer Gesichtspunkte erfassen sollen. Innerhalb dieser Kategorien werden wiederum einzelne Aspekte definiert, durch welche die Unternehmen Punkte sammeln. Die Gesamtpunktzahl ergibt schließlich die Gemeinwohlbilanz.

Die abgefragten Kriterien sind sehr unterschiedlich. Bei der Gemeinwohlbilanz interessiert nicht nur, wie umweltfreundlich ein Produkt entsteht, sondern auch wie groß der Lohnunterschied zwischen Belegschaft und Geschäftsleitung ausfällt oder ob Mitarbeiter im eigenen ökologischen Verhalten gefördert werden, indem sie beispielsweise auf dem Fahrrad oder mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Arbeitsplatz kommen.

»Es handelt sich um eine Methode um Greenwashing zu verhindern«, erklärt Johanna Paul vom Verein zur Förderung der

Gemeinwohl-Ökonomie. Während Unternehmen in ihren eigenen Nachhaltigkeitsberichten oft nur auf einzelne positive Aspekte verweisen und sich damit mehr um ihr Marketing als um das Allgemeinwohl sorgen, sind die Bewertungsmaßstäbe bei der Gemeinwohlbilanz umfassender.

Dadurch ließen sich Defizite innerhalb eines Unternehmens aufzeigen und Firmen branchenübergreifend miteinander vergleichen. Die Geschäftsführung eines Betriebs kann durch solch eine Bilanz nur lernen, findet Jochim Sroka, der zudem Mitglied im linken Wirtschaftsverband OWUS ist. Oft genügte bereits kleine Maßnahmen. So will Sroka die Geschäfte seiner Firma künftig über eine Ethikbank abwickeln und stärker mit regionalen Unternehmen zusammenarbeiten.

www.gemeinwohl-oekonomie.org



Erfüllt der Bau von Windkraftanlagen soziale Kriterien? Foto: dpa/Jens Büttner

Nachrichten

Gericht bestätigt Renditen für Betreiber

Düsseldorf (AFP/nd). Die Betreiber von Gas- und Stromnetzen müssen sich mit den von der Bundesnetzagentur festgesetzten Renditen für ihre Netze begnügen. Das Oberlandesgericht Düsseldorf bestätigte am Mittwoch die Sätze, mit denen die Netzbetreiber von 2009 bis 2013 ihr in die Netzstruktur investiertes Eigenkapital rechnerisch verzinsen dürfen, wie das Gericht mitteilte. Die Entscheidungen sind allerdings noch nicht rechtskräftig. Die Bundesnetzagentur hatte 2008 einen als Nettokosten ansatzfähigen Zinssatz in Höhe von 9,29 Prozent vor Steuern für Neuanlagen und von 7,56 Prozent vor Steuern für Altanlagen festgelegt. Dagegen hatten sich elf Gas- und Strom-Netzbetreiber gewandt, da sie einen Satz von mehr als elf Prozent vor Steuern für angemessen halten.

Zahl der Organspender nimmt ab

Berlin (dpa/nd). Die Manipulation von Wartelisten für Organtransplantationen lässt die Spendenbereitschaft in Deutschland weiter einbrechen. Im ersten Quartal 2013 ging die Zahl der Organspender um 18 Prozent auf 230 zurück. Dies gab die Deutsche Stiftung Organtransplantation am Mittwoch bekannt. Im gesamten Jahr 2012 gab es einen Rückgang um 12,8 Prozent: Nur noch 1046 Bürger waren bereit, Organe nach ihrem Tod zur Verfügung zu stellen. In Deutschland warten 12 000 Patienten auf ein überlebenswichtiges Spenderorgan.

Briefträger verstärken Druck vor Verhandlung

Dortmund (dpa/nd). Die Beschäftigten der Deutschen Post haben vor der dritten Verhandlungsrunde den Druck erhöht. In neun Bundesländern waren 2200 Zusteller am Mittwoch dem Aufruf zum Warnstreik gefolgt. Im Schwerpunktland Nordrhein-Westfalen beteiligten sich nach ver.di-Angaben mehr als 1000 Beschäftigte. Weitere Streikzentren lagen in Hessen und Niedersachsen. Ver.di droht der Post mit weiteren Ausständen, falls morgen kein verhandlungsfähiges Angebot vorgelegt werde. Die Gewerkschaft fordert für die 132 000 Tarifbeschäftigten sechs Prozent mehr Lohn, mindestens aber 140 Euro mehr im Monat.

Bahn: Verdacht auf illegale Absprachen

München/Berlin (dpa/nd). Die Staatsanwaltschaft München geht dem Verdacht auf illegale Absprachen bei einem Ausschreibungsverfahren der Deutschen Bahn nach. Am Vortag seien deshalb 20 Objekte vorwiegend in Bayern durchsucht worden, sagte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft München I am Mittwoch und bestätigte damit Angaben der Bahn. Gegen zwei Beschuldigte werde wegen des Verdachts auf wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen ermittelt. Insgesamt 16 Firmen sollen sich zu einer Bietergemeinschaft zusammengeschlossen haben, um der Bahn ein überbezahltes Angebot für Sicherungsarbeiten zu unterbreiten.

Deutschland zahlt Rekord-Niedrigzins

Frankfurt am Main (dpa/nd). Deutschland setzt seine Niedrigzins-Rekordjagd am Anleihemarkt fort. Am Mittwoch gelang es der größten Volkswirtschaft im Euro-Raum, sich zu einem Mini-Zins von 2,16 Prozent für drei Jahre 1,7 Milliarden Euro bei Investoren zu leihen. Das geht aus Angaben der Bundesbank hervor. Nie kam der Bund in diesem langen Laufzeitbereich günstiger an frisches Geld.